

LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN!

Der SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde lebt. Das merken wir z. B. daran, dass dieses Kreisinfo zwei Seiten stärker ist als normalerweise — und wir trotzdem nicht alle eingereichten Beiträge in der gewünschten Länge drucken konnten.

Das merken wir aber auch daran, dass wir einen lebendigen Kreisparteitag hinter uns haben, auf dem neben der Europawahl, den Reden unseres Landesvorsitzenden Ralf Stegner und der Europakandidatin Ulrike Rodust vor allem soziale Themen im Vordergrund standen: Altenpflegeausbildung, Pflegestützpunkte, Flex-Rente und Hartz IV für Kinder.

Mehr Gerechtigkeit in der Altenpflegeausbildung forderte ein Antrag des Ortsvereins Felde, den der OV-Vorsitzende Andreas Fleck begründete: „Die Erhebung von Schulgeld in der Altenpflegeausbildung ist angesichts des wachsenden Bedarfs an gut ausgebildeten Pflegekräften nicht mehr zeitgemäß. Deshalb soll die SPD-Bundestagsfraktion sich für entsprechende Gesetzesänderungen

einsetzen. Die Ausbildung soll im dualen Berufsbildungssystem durch Steuern finanziert werden - ohne ungerechte finanzielle Belastung von Auszubildenden und Sozialversicherung.“

Der Ortsverein Hohn stellte den Antrag, die Pflegestützpunkte im Land zügig auszubauen. „Der Beratungsbedarf für ältere Menschen wird sich in Zukunft deutlich erhöhen. Pflegeberatungen dienen dem Erhalt der Selbständigkeit, der Unterstützung pflegender Angehöriger sowie der Entlastung der kommunalen Sozialhilfeträger“, begründete Uli Kaminski den Antrag, der alle Kreistagsfraktionen und Landräte im Land auffordert, sich zügig für einen flächendeckenden Ausbau einzusetzen.

Der Ortsverein Felde forderte, die Rente künftig gerechter zu gestalten und eine Flex-Rente bei gesundheitlichen Einschränkungen älterer Beschäftigter einzuführen. Zur Finanzierung sollen – ähnlich wie bereits in Ansätzen im Baugewerbe vorhanden – Branchenbezogene Versorgungsfonds eingeführt werden, die bis zur Rente die „Flex-Rente“ zahlen. „Das ermöglicht einen flexiblen Ausstieg aus dem Arbeitsleben ohne massive Rentenkürzungen“, stellte Andreas Fleck das Modell vor.

Last but not least beschloss der Parteitag einen Antrag des OV Felde zur „deutlichen Aufstockung der Leistungen nach Hartz-IV für Kinder und Jugendliche zur besseren Abdeckung des kindgerechten Existenzbedarfs“. Die Jusos ergänzten den Antrag und forderten: „Im Rahmen einer von uns geforderten allgemeinen Regelsatzerhöhung fordern wir eine Gleichstellung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Hartz-IV. Auch

Kinder und Jugendliche müssen mit Hartz-IV ein menschenwürdiges Leben führen können“, begründete Thomas Stegemann die Ergänzung.

Der Kreisparteitag beschloss alle Anträge — zum Teil mit Änderungen. Die Anträge wurden an den Landesparteitag weitergeleitet und können auf unserer Internetseite eingesehen werden.

Im Anschluss an die Beratungen wurden in Workshops die Inhalte des Europawahlkampfes „Soziales Europa“, Tipps und Infos für den Europawahlkampf vor Ort sowie alternative Handlungskonzepte zur Asyl- und Migrationspolitik der EU beleuchtet. Es haben zwar nicht alle Delegierten diese Angebote genutzt, aber ich finde: Das Glas war (mindestens) halb voll.

Ich bedanke mich bei allen, die diesen Kreisparteitag inhaltlich und organisatorisch mit vorbereitet haben und ich stelle fest: Wenn wir auf diesem Weg weiter gehen, müssen wir uns um die Partei und die vor uns stehenden Wahlgänge keine Sorgen machen!

Sönke Rix, Kreisvorsitzender

SPD-KREIS-INFO

Herausgeber / Verantwortlich für den Inhalt:
SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde
Kleiner Kuhberg 28-30
24118 Kiel
Claudia Sieg, Sönke Rix

Telefon: 0431- 90 60 6-12
Fax: 0431- 90 60 6-11
Mail: kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de
Internet: www.spd-rd-eck.de

BILDUNG, ARBEIT, ENERGIEWENDE

RALF STEGNER AUF DEM KREISPARTEITAG IN RENDSBURG

Unser Landesvorsitzender Dr. Ralf Stegner hat die Kreispartei auf dem Kreisparteitag am 21. Februar in Rendsburg in einer mitreißenden Rede auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf eingestimmt.

Dass es der Sozialdemokratie im Moment nicht gut ginge, daran wollte er nichts beschönigen: „Es ist schwer, weil viele Leistungen, die die SPD erarbeitet hat, der konservativen Regierung zugeschrieben werden. Aber wir gewinnen keine Mehrheiten, wenn wir nicht klar sagen, was wir wollen. Die CDU-Kandidaten zeichnen sich dadurch aus, dass sie die SPD beschimpfen – auf Landes- wie auf Bundesebene. Das ist nicht gerade ein Aushängeschild.“

Thema Nr. 1 der SPD ist die Bildung. „Aufstieg durch Bildung ist das, was unsere Partei einmal begründet hat. Jeder Cent, der investiert wird, ist gut. Wir wollen ein Bildungssystem, das jedem Kind eine Chance gibt. Wir wollen die Voraussetzungen für einen barrierefreien Aufstieg schaffen.“ Der Geldbeutel der Eltern dürfe nicht entscheidend dabei sein. „Und genau das“, so Ralf Stegner, „unterscheidet uns von den Schwarzen und den Gelben“. Um den Kindern diese Möglichkeiten einzuräumen, müsse mit einer beitragsfreien Kita gestartet werden

und die Schülerbeförderung im ländlichen Raum solle gerecht gestaltet werden. Studiengebühren kämen in Schleswig-Holstein mit der SPD auch weiterhin nicht in Frage.

Thema Nr. 2: Gute Arbeit. „Diejenigen, die den Wohlstand der Gesellschaft erarbeiten, sollen von ihrer Arbeit auch leben können,“ fordert Stegner in seiner Rede und setzt auf den gerechten Mindestlohn, Leih- und Zeitarbeit zu guten Bedingungen, Ausdehnung der Mitbestimmung in den Betrieben, Beibehaltung des Kündigungsschutzes, Bürgerversicherung. Altersarmut dürfe es nicht geben: „Es muss uns gelingen, den Menschen, die ein Leben lang hart gearbeitet haben, auch im Alter ein Leben in Würde zu ermöglichen. Wann hören wir endlich auf, die Menschen abzuschreiben, wie es die Philosophie der Schwarzen und Gelben ist?“

Thema Nr. 3 ist die Energiewende. „Mit der SPD wird es keine Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken geben. Die SPD steht für eine Energiewende ohne Atomstrom.“ Der Anteil des Kohlestroms müsse kontinuierlich gesenkt, der Anteil der erneuerbaren Energien drastisch gesteigert werden, die Stromnetze gehörten in



öffentliche Hand. „In Schleswig-Holstein hatten wir vor 20 Jahren bei Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD einen Anteil der regenerativen Energien von 0,05%. Unser Ziel waren 20%. Heute haben wir einen Anteil von fast 40%. Das zeigt: Es geht.“

Angesichts der Finanzkrise attackierte Ralf Stegner die CDU hart: „Die Schwarzen und Gelben wollen dem Wähler weismachen, dass $2+2=7$ ist. Steuersenkung + Schuldenbremse +,+,+,+ ... das geht nicht. Meine Vorschläge deshalb: 1. Schluss mit der Bahnprivatisierung. 2. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau soll zu einer „Greenbank“ für ökologisch nachhaltige Investitionen werden. 3. Wir brauchen eine private Vermögenssteuer, 4. eine Börsenumsatzsteuer und 5. die Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Mit solchen Maßnahmen erhalten wir die Handlungsfähigkeit des Staates.“ Mit lang anhaltendem Beifall wurde unser Landesvorsitzender vom Kreisparteitag bedacht und verabschiedet.

Claudia Sieg

MEHR BEITRAG, MEHR SPD

Der Kreisvorstand unterstützt die Kampagne des Landesverbandes zur freiwilligen und solidarischen Erhöhung der Mitgliedsbeiträge.

Um mit gutem Beispiel für alle Mitglieder voran zu gehen, haben die Mitglieder des Kreisvorstands auf dem Kreisparteitag am 21.02.09 in Rendsburg die Postkarten zur Erhöhung ihrer Beiträge ausgefüllt.

Der Landesvorstand plant mit Unterstützung des Kreisvorstands,

viele Mitglieder ab März 2009 anzuregen, um sie um eine freiwillige Erhöhung im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu bitten. Auf dem letzten Landesparteitag im März 2008 wurde im Hinblick auf die seit Jahren rückläufigen Mitgliederzahlen eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die unsere Kampfkraft, besonders in



den bevorstehenden Wahlkämpfen, wieder stärken sollen. Dazu gehört auch diese Maßnahme.

EINSTIMMUNG AUF DEN EUROPAWAHLKAMPF

Ein Schwerpunkt des SPD-Kreisparteitages am 21.02. war die Europapolitik. Unsere Europaabgeordnete und Kandidatin für die Europawahlen am 7. Juni, Ulrike Rodust, stimmte die Delegierten auf den Europawahlkampf ein. Die zentrale Botschaft: Die Europawahl ist eine Richtungswahl. Nur eine sozialdemokratische Mehrheit im Europäischen Parlament bringt das soziale Europa voran.



Anschließend verabschiedete der Kreisparteitag nach einer kurzen Diskussion einmütig eine Europaresolution, die den Schwerpunkt auf europäische Themen mit Bedeutung für die kommunalen Gebietskörperschaften legt. Kernpunkte sind dabei:

□ Europäische Regelungen wirken sich direkt oder indirekt auf kommunales Handeln aus: beim Setzen sozialer und ökologischer Standards, beim Verbraucherschutz oder durch die Regelungen des EU-Binnenmarktes (Wettbewerbsrecht und öffentliche Auftragsvergabe). Zu den Bereichen der Kommunalpolitik, auf die europäisches Recht Einfluss hat, zählen beispielsweise das Personalwesen, das Umweltrecht, der ÖPNV, das Sparkassenwesen, das Abfallrecht, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen, die Wirtschaftsförderung oder das Vergabewesen. Deshalb ist die Europawahl und eine starke sozialdemokratische Mehrheit im Europäischen Parlament auch für die Kommunen von herausragender Bedeutung.

□ Kernbestand eines sozialen Eu-

ropas ist die Sicherung und Verbesserung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Zu diesen Dienstleistungen, die das Gemeinwohl betreffen, gehören die Grundversorgung mit Wasser und Energie, der öffentliche Personennahverkehr und die Bereiche soziale Dienstleistungen, Schule, Gesundheit, Wohnungswesen, öffentlich-rechtliche Rundfunkversorgung und Kultur. Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern flächendeckende effiziente, kostengünstige und allgemein zugängliche Dienstleistungen in hoher Qualität zur Verfügung stellen. Deshalb muss die Entscheidung, welche Leistungen der Daseinsvorsorge und wie diese Leistungen erbracht werden, weiterhin den EU-Mitgliedstaaten und ihren Gebietskörperschaften überlassen bleiben.

□ Die Realisierung zahlreicher lokaler und regionaler Vorhaben und Projekte wird auch bei uns im Kreis erst durch die Förderung der Europäischen Union möglich. Dies gilt beispielsweise für die Aktiv-Regionen. Wir werden dies in Zukunft deutlicher als bisher öffentlich herausstellen.

□ Wir wollen, dass die Förderung strukturschwacher Stadtteile und ländlicher Gebiete bei der Ausrichtung der EU-Strukturfonds stärker berücksichtigt wird. Wir unterstützen deshalb den von der Europäischen Union begonnenen Weg, stärkeres Gewicht auf die regionale Entwicklung strukturschwacher ländlicher Gebiete zu legen als auf die reine Landwirtschaftsförderung.

□ Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kommunen und Regionen bietet die Möglichkeit zur Lösung gemeinsamer Herausforderungen und zur Entwicklung der Regionen. Dies gilt insbesondere für ländliche Regionen, die europaweit häufig vor gleichen Herausforderungen stehen und gegenseitig von ihren Erfahrungen profitieren können. Von ebensol-

cher Bedeutung sind auch die teilweise schon jahrzehntelang bestehenden Partnerschaften der Kommunen. Die Europäische Union soll deshalb die Förderung der grenzüberschreitenden und transnationalen Zusammenarbeit von Kommunen und kommunalen Gebietskörperschaften weiter ausbauen.

Und letztlich nahm sich mit dem Beschluss der Kreisparteitag selbst in die Pflicht:

□ Die SPD Rendsburg-Eckernförde wird einen aktiven Europawahlkampf führen. Sie wird für eine hohe Wahlbeteiligung werben. Die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament sind zu wichtig, um sie den Nichtwählerinnen und Nichtwählern zu überlassen.

Der vollständige Text der Resolution ist in der K.E.R.N. - Geschäftsstelle erhältlich.

Martin Tretbar-Endres

Workshop „Inhaltliche Grundlagen des Europawahlkampfes“:

„Europa sozial und stark!“ Um die inhaltlichen Fundamente unseres Europawahlkampfes ging es in einem Workshop auf dem Kreisparteitag mit Ulrike Rodust und Martin Tretbar-Endres.

Dabei wurde eine breite Themenpalette diskutiert, von Mindestlöhnen und europaweiten Mitbestimmungsrechten, über die Konsequenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise für die EU bis hin zu den Rechten des Europäischen Parlaments und den EU-Haushalt.

Die Unterlagen zu dem Workshop (15-seitige Power-Point-Präsentation) mit Informationen zu diesen und weiteren Themen, die für jede Wahlkämpferin und jeden Wahlkämpfer hilfreich sind, können in der K.E.R.N.- Geschäftsstelle angefordert werden.

WIR FEIERN EUROPA — WAHLKAMPF LEICHT GEMACHT

Über viele Teilnehmerzahlen und neue Anregungen konnten sich Claudia Sieg, Andreas Fleck und Ulf Daude auf dem Workshop zur Planung und Vorbereitung der Europawahl am 7. Juni 2009 freuen.

Es wurden Vorschläge zur Planung des Wahlkampfes für kleine und große Ortsvereine besprochen und wir unterhielten uns über die inhaltliche Gestaltung eines kurzen, effektiven und knackigen Wahlkampfes: Wir feiern Europa!

Ein Schwerpunkt war die Gestaltung eines ansprechenden Wahlkampfstandes, mit dem die SPD aktiv und selbstbewusst auf die Menschen zugehen kann. Claudia stellte einige Hingucker aus den vergangenen Wahlkämpfen vor.

Besonders wichtig ist es, die Menschen auf uns aufmerksam zu machen und dann selbstbewusst mit einem Lächeln auf sie zuzugehen. Die Roten sind die Guten und wir sind gerne Sozis!

Ein zweiter Schwerpunkt waren Ideen für attraktive und sympathische SPD-Veranstaltungen im Rahmen des Europawahlkampfes, z. B. ein italienischer Abend.

Was dazu gebraucht wird und wie es in die Tat umgesetzt werden kann, erläuterten Andreas und Ulf



auch am Beispiel eines irischen und eines französischen Abends. Es ist nur halb so kompliziert und aufwändig, wie ihr zunächst vielleicht denkt, macht viel Spaß und bringt viel Aufmerksamkeit!

Zu allen Themen gab es einen Wahlkampfreader sowie einen Flyer mit weiteren Planungshilfen und als Grundlage für eigene Einfälle.

Es entstanden im Workshop auch viele neue Ideen. In der Nachbereitung haben wir die vielen guten Ideen (z. B. Staffelfradtour am Kanal, Leierkasten, Dorflauf, Wunschbaum) als Sammlung an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschickt.

Eingebettet wurden die Vorschläge in eine Zeitleiste mit weiteren Wahlkampfaktionen, Plakatierungen, Hausbesuchen usw., da wir uns über diese Dinge schon jetzt Gedanken machen sollten.

Alle Vorschläge und Ideen können auch auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf übertragen werden. Vielleicht testet Ihr ja auch die ein oder andere Sache schon einmal im Europawahlkampf.

TIPPS FÜR DEN ERFOLGREICHEN INFOSTAND

Der gute alte Infostand ist immer noch die direkteste Art, wie wir die Bürgerinnen und Bürger ansprechen können. Aber man/frau muss sich schon einiges einfallen lassen, um nicht übersehen oder ignoriert zu werden.

Auf Eure Infostände könnt ihr mit vielen Aktionen aufmerksam machen. Und bei allem nicht vergessen: Gute Pressearbeit ist das A und O! Gute Organisation, Einsatzpläne für Standbesetzung, kommunale Genehmigungen sind natürlich Voraussetzungen, ohne die es nicht geht.

Beispiele guter Praxis:

❑ „Europa-Quiz“ oder „Hätten Sie's gewusst?“ am Stand mit 5 Fragen. Werden diese richtig beantwortet, gibt es ein „Give away“. Z. B. Welche Gebäude/Projekte in der Gemeinde sind von der EU gefördert worden?

❑ Wunschbaum (etwa Riesen-zweig im Weihnachtsbaumständer, jeder Wunsch ein roter bemalter Papierapfel), Wandzeitung (etwa auf Flipchart), Bodenzeitung: Leute neugierig machen, „Was erwarten Sie von der SPD-Europakandidatin Ulrike Rodust?“, „Was wünschen Sie sich von Europa“?

❑ Aktion „Rote Europa-Karte“: Wo liegt welches Land in Europa?

❑ Aktionen für Kinder, denn die beleben den Stand: Luftballon-Wettbewerb, Malwettbewerb.

❑ Witzige Aktionen: Etwa Wäscheleine mit roten Dessous und roten Socken.

❑ Aktion "Rote Bank", eine alte rot gestrichene Gartenbank, auf der über wichtige SPD-Anliegen gesprochen werden kann.

❑ Neben Info-Materialien auch Leckereien anbieten (rote Maibowle, selbstgebackener Kuchen, Finger-Food, frisch gebackene Waffeln).

Einen ausführlichen Flyer und den Wahlkampfreader erhaltet Ihr über die K.E.R.N. - Geschäftsstelle.

Ablauf „Italienischer Abend“

Beginn: 19.00Uhr

Begrüßung der Gäste

Grußwort eines Europakandidaten

Film: Don Camillo & Peppone

Pizzabrote, verschiedene Pizza-Ecken & Chianti

Ausklang mit Tischgesprächen

Ende: 21.30 Uhr

REGELUNGEN KOSTENFREIES 3. KINDERGARTENJAHR

Die Landesregierung hat über einen Haushaltserlass die Finanzierung des beitragsfreien 3. Kindergartenjahr geregelt.



Neben den Landesmitteln muss auch ein Teil der bisher gezahlten Sozialstaffel in die Finanzierung einfließen. Das Land wird den Kreisen Mittel je Kita-Platz (gemäß Stichtagsregelung Jugendhilfestatistik Kita) über den Finanzausgleich zur Verfügung stellen. Der Kreis stockt dieses um seinen Anteil Sozialstaffel auf und weist dieses den einzelnen Trägern zu.

Leider sind dem Land hierbei einige handwerkliche Fehler passiert. So kommt es zu einem zusätzlichen beitragsfreien Monat Januar 2009. Auch beeinflusst die Gebührenfreiheit mögliche Kinderfreibe-

träge bei der Steuererklärung. Um das Gesetz und die finanziellen Folgen für den Kreis umzusetzen, hat sich der Unterausschuss Kindertagesbetreuung bereits zusammengesetzt. Alle Einzelheiten konnten noch nicht geklärt werden, da der Abstimmprozess mit dem Land, den Gemeinden und Trägern doch aufwendiger ist als zunächst vermutet. Die sehr unterschiedliche Gebühren- und Betreiberstruktur im Kreis erfordert doch

einen erheblichen Verwaltungsaufwand.

Grundsätzlich kann man sagen, dass die Betreuungszeit von bis zu fünf Stunden in einer Kita (Tagespflegestellen nicht) für die Eltern beitragsfrei bleibt. Darüber hinausgehende Betreuungszeiten sind weiterhin gebührenpflichtig. Die Regelungen zur Sozialstaffel gelten hierfür auch weiter.

Der Monat Januar wird rückvergütet. Dies wird sich aufgrund der notwendigen Abstimmung noch etwas hinziehen.

Otto Griefnow, MdK

REGELUNGEN AUSBAU KRIPPENPLÄTZE IM KREIS

Der Ausbau U3 im Kreis läuft an. Alle Gemeinden und Träger sind im Dezember und Januar vom Kreis informiert worden. Zusätzlich wird eine Informationsveranstaltung angeboten.

Einige Gemeinden und Träger haben bereits mit dem Ausbau begonnen. Auch mehrere Anträge zum Ausbau, der Umwandlung von Gruppen oder Neubau liegen dem Jugendhilfeausschuss vor. Voraussetzung für einen Zuschuss ist die Aufnahme im Kindertagesstätten-

bedarfsplan. Für alle kann man sagen, dass die Finanzierung gesichert ist. Die Zuweisungen des Bundes sind ausreichend bemessen. Der Kreistag hat zusätzlich eine 10-prozentige Bezuschussung beschlossen.

Anträge können gestellt werden. Nach Absprache mit dem Kreis kann auch vorzeitig mit dem Aus- oder Umbau begonnen werden. Auch bereits gebaute Plätze werden bezuschusst.

Otto Griefnow, MdK

TERMINE: AKTUELL AUF WWW.SPD-RD-ECK.DE

Montag, 09.03., 19.00 Uhr
Eckernförde, Stadthallenrestaurant, Am Exer 1

Regionale KPA-Sitzung

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Formales
2. Europawahlkampf
3. Ausblick Bundestagswahl / Landtagswahl
4. Mitgliedergewinnung
5. Wo „uns“ der Schuh drückt
6. Berichte, Aktuelles
7. Verschiedenes



Dienstag, 10.03., 19.00 Uhr
Kronshagen, Bürgerhaus, Kopperpähler Allee 67 — 69

Regionale KPA-Sitzung

Tagesordnung:

Siehe oben



Mittwoch, 11.03., 19.00 Uhr
Hohenwestedt, Hotel Landhaus, Itzehoer Straße 39

Regionale KPA-Sitzung

Tagesordnung:

Siehe oben



Donnerstag, 12.03., 19.00 Uhr
Fockbek, Paulsens Gasthof, Rendsburger Straße 58

Regionale KPA-Sitzung

Tagesordnung:

Siehe oben



Dienstag, 17.03., 19.00 Uhr
Rendsburg, Kreishaus
Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion



Sonnabend, 21.03. und Sonntag
22.03., jeweils ganztägig
Elmshorn, Sportlife-Hotel
Ordentlicher Landesparteitag der
SPD Schleswig-Holstein



Dienstag, 24.03., 19.00 Uhr
Rendsburg, Kreishaus
Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion



Mittwoch, 01.04., 19.00 Uhr
Eckernförde, N.N.
Sitzung des SPD-Kreisvorstandes

UNSERE ORTSVEREINSVORSITZENDEN IM KREIS RENDSBURG-ECKERNFÖRDE

BERND ZÖLLKAU – WIR IN FELM

Bernd Zöllkau wurde Parteiarbeit schon in seine Wiege gelegt, denn sein Vater, ehemaliger Ratsherr in Kiel und langjähriger OV Vorsitzender aus Holtenau, nahm ihn schon in jungen Jahren mit, um Wahlplakate aufzustellen und Wahlwerbung zu betreiben. Er ist seit 1971 Parteimitglied. Mit der Kommunalwahl 1998, als die SPD in Felm zum ersten Mal den Bürgermeister stellte, übernahm er den Ortsvereinsvorsitz, den er bis heute mit einer Unterbrechung von zwei Jahren ausübt. Während dieser Zeit sorgte er dafür, dass sich der Mitgliederbestand von 20 auf 30 Mitglieder erhöhte. Junge Mitglieder freuen sich darüber, dass er sie mit seiner langjährigen politischen Erfahrungen bei ihrer Arbeit im Ortsverein tatkräftig unterstützt. Das **Wir in Felm** ist nicht nur ein Markenzeichen der Felmer SPD, es wird auch lebendig im OV gelebt.

Wo liegt der Reiz der Parteiarbeit vor Ort und warum sollte man sich in der SPD engagieren?

Felm war bis vor elf Jahren ein schwarzer Fleck auf der Landkarte und leider ist es dies seit einem Jahr auch wieder. Dies allein schon machte und macht auch weiterhin den Reiz der Parteiarbeit vor Ort aus.

kommt eine Bürgerbegegnungsstätte in Felmerholz und hoffentlich demnächst auch eine ähnliche Einrichtung in Felm.

Dieses wurde allein durch engagierte Politik unserer Gemeindevertreter geschaffen und fast immer gegen den Widerstand der hiesigen CDU. Deprimierend nur, dass dies im letzten Jahr von den

mal auf unsere Gemeinde und unseren Ortsverein.

Ich wünschte mir, dass „die Clements“ in unserer Partei endlich wieder zu demokratischen Spielregeln zurückkehren. Langjährige und meinetwegen auch „ehrenvolle“ Parteiarbeit bedeuten doch nicht, dass man für ewig und immer das Maß aller Dinge ist. Leider leben diese Personen in einer eigenen und zunehmend unehrlich werdenden Welt. Meinungen anderer und Mehrheitsentscheidungen werden nicht akzeptiert, einsame und schwer umkehrbare Entscheidungen werden getroffen.

Nicht nur unsere hessische SPD hatte unter solchen Genossinnen und Genossen zu leiden, uns in Felm traf es ebenfalls!

Was bewegt Euch im OV Felm im Moment am meisten?

Auch wir müssen uns mal wieder mit dem leidigen Thema der Zusammenlegung von Feuerwehren auseinandersetzen. Diese Forderung wird zurzeit im Zusammenhang mit Ersatzbeschaffung eines neuen Fahrzeuges erhoben. Diese Thematik lässt jegliches Zusammengehörigkeitsgefühl der einzelnen Ortsteile in unserer Gemeinde vermissen.

Wir stehen hinter den Ortswehren und unterstützen sie im Rahmen des finanziell Machbaren für eine optimale Ausrüstung.

*Das Gespräch mit Bernd führte
Claudia Sieg*



Die Felmer SPD hat in den zurückliegenden elf Jahren aus Felm ein lebendiges Dorf gemacht und somit die Entwicklung zum reinen Schlaf-Vorort der Landeshauptstadt verhindert. Dabei wurde insbesondere Wert auf eine durchgängige Politik für alle Generationen gelegt.

Heute kann die Gemeinde stolz auf ihren Kindergarten, die Schule und ihren Jugendtreff sein. Hinzu

Wählern nicht honoriert wurde.

Trotzdem wird die jetzige Fraktion alles daran setzen, das gute Wahlprogramm unserer Felmer SPD weitestgehend umsetzen zu können.

Wenn Du in der Politik einen Wunsch frei hättest: wie würde dieser Wunsch lauten?

In dem Falle schaue ich auch nur

BESSERE BERATUNG FÜR PFLEGEBEDÜRFTIGE UND ANGEHÖRIGE IM KREIS



Uli Kaminski, Vorsitzender im Sozial- und Gesundheitsausschuss

Die SPD Kreistagsfraktion will die Beratungssituation von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen und Betroffenen deutlich verbessern. Dazu hat sie im Rahmen der von ihr geforderten „Pflegeoffensive“ im Sozial- und Gesundheitsausschuss eine Initiative zur Einrichtung eines Pflegestützpunktes im Kreisgebiet eingebracht. Der SPD-Kreisparteitag hatte am 21.02.09 einen Antrag des Ortsvereins Hohn zur Errichtung von Pflegestützpunkten in allen Kreisen einstimmig beschlossen. Dieses soll nun auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde umgesetzt werden.

Wir haben immer mehr ältere Menschen und deren Angehörige, die

auf eine qualifizierte Beratung angewiesen sind, Unterstützungsbedarf haben und möglichst objektive Informationen im Dschungel der Pflegeangebote benötigen. Deshalb wollen wir ein kreisweites und dezentrales Angebot an Beratung und Unterstützung für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen installieren. Betroffene und Angehörige haben viele berechnete Fragen: Wer bezahlt die Pflege? Wann bekomme ich eine Pflegestufe? Wo bekomme ich die bestmögliche Unterstützung und Hilfe? Für dieses Angebot sollen die Pflegekassen mit ins Boot geholt werden, die für die Fachberatung verantwortlich sind. Das Land fördert diese Initiative mit erheblichen Mitteln.

Das von der SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde eingebrachte Konzept sieht eine enge Zusammenarbeit der bereits als Modell in Flintbek und Altenholz eingerichteten „Lotsendienste“ und einer neu zu schaffenden Pflegeberatungsstelle in Trägerschaft des Kreises vor. In Hohenwestedt und in Hanerau-Hademarschen finden am 18.03.09 und am 19.03.09 öffentliche Informationsveranstaltungen zu diesem Thema statt. Die SPD Kreistagsfraktion möchte möglichst viele Gemeinden und Ämter auf ihre Initiative aufmerksam machen und zu einer Zusammenarbeit einladen.

Uli Kaminski

IN EIGENER SACHE: ZUSCHUSSFÄHIGE ARTIKEL

Die Kreispartei muss sparen, um ihre Aktionskraft zu erhalten und um die bevorstehenden Wahlkämpfe mit Aktionen und Aktivitäten auf Kreisebene unterstützen zu können.

Der Kreisvorstand hat deshalb beschlossen, die Zuschüsse für Mitgliederzeitungen ab Januar 2009 zu reduzieren. Künftig kann bei Übernahme eines zuschussfähigen Artikels nur noch 25 Euro pro Artikel und Ausgabe und maximal 100 Euro im Jahr dazu gezahlt werden.

Die Ortsvereinsvorsitzenden werden über diese neue Regelung auch noch brieflich unterrichtet. Wir bitten um Euer Verständnis.

FILMABEND IM „HAUS LÖWENZAHN“

Ein voller Erfolg war ein Filmabend, zu dem die Juso-AG Rendsburg/Büdelndorf und Umland ins Büdelndorfer „Haus Löwenzahn“ eingeladen hatte. Dabei wurde ein von Jugendlichen im Rahmen eines ständigen Filmprojektes des Jugendcafés A4 produzierter Film mit dem Titel „Du“ gezeigt.

In diesem Film wird das Thema Zivilcourage über vier unterschiedliche Aspekte aus der direkten Lebenswelt der Jugendlichen aufgegriffen, so dass sich anschließend, erst schleppend, aber dann umso intensiver, eine Debatte um das angerissene Thema zwischen den Betreuern und den Jugendlichen entfaltete. Dabei äußerten die Jugendlichen auch Wünsche an die Kommunalpolitiker aus Rendsburg, Büdelndorf und dem Kreistag.

Deutlich wurde durch die Diskussionsbeiträge vor allem, dass die politischen und gesellschaftlichen Abläufe verständlicher erklärt werden müssen und dass Entscheidungen in kürzerer Zeit umgesetzt werden müssen, damit die Jugendlichen, die die Entscheidungen mit beeinflusst haben, auch noch an deren Umsetzung mitwirken können.

Die Einsetzung von Jugendbeiräten wurde von allen gewünscht, weil damit die Mitarbeit ohne Parteizugehörigkeit an konkreten, regionalen Projekten ermöglicht wird.

Ein nächster Abend im Haus Löwenzahn soll sich mit den Naturschutzprojekten in der näheren Umgebung beschäftigen.



Gerrit van den Toren

BILDUNG IN EUROPA — LERNEN OHNE GRENZEN

In der Januarveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Bildung RD-Eck diskutierten wir mit unserer Europa-Abgeordneten Ulrike Rodust zu Themen der Bildung in Europa. Ulrikes Kernbotschaft konnten die Anwesenden leicht unterschreiben:

„Wer Chancengleichheit in Europa will, muss dafür sorgen, dass Bildung für alle zugänglich gemacht wird. Benachteiligungen durch persönliche, gesellschaftliche, kulturelle oder wirtschaftliche Umstände müssen abgebaut werden.“

Europäische Bildungspolitik basiert auf dem Konzept „Lebenslanges Lernen“ und betrifft damit weit mehr als die kindliche und schulische Bildung. Gemeinsames Lernen und Von-Einander-Lernen ist der Schlüssel zu einer gemeinsamen Zukunft in Europa.

Um dies auch umzusetzen, muss der Gedanke einer „europäischen Bildung“ noch viel stärker transportiert und vor Ort aktiv gelebt werden! Wenn Eltern, Pädagogen, Firmen und Unis sich offen für Europa begeistern, sind die sprachlichen Barrieren leicht zu überwinden.

Politische Hindernisse sind dabei häufig durch nationale und regionale Eitelkeiten begründet – diese gilt es durch aktives Engagement unserer Politikerinnen und Politiker zu überwinden.

Europa muss aktiv gestaltet und sozialer werden – Europa muss mehr sein als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum im gegenseitigen Wettkampf um die günstigsten Steuern. Die Europawahl am 7. Juni 2009 ist daher nicht nur eine Parlamentswahl, sondern vielmehr eine Richtungsentscheidung! Europa fördert Bildung konkret mit



den Programmen **Erasmus** (Hochschulbildung), **Leonardo da Vinci** (berufliche Aus und Weiterbildung), **Comenius** (schulische Bildung), **Grundtvig** (Erwachsenenbildung) und **Jean Monnet** (europäische Integration im Unibereich).

Weitere Informationen gibt es über das Europabüro bei Ulrike Rodust (0431-9060622 ; info@ulrike-rodust.eu) und die AfB Rendsburg-Eckernförde bei Ulf Daude (0431-63569 ; daude@spd-molfsee.de).

Ulf Daude

ZUSAMMENARBEIT VON GEMEINDEN — DAS MODELL DER ZUKUNFT?

Rund 30 Gäste konnte Thiemo Lueße und Karin Pfaff zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung begrüßen, zu der der SPD-Kreisvorstand und der SPD Ortsverein Altenholz eingeladen hatten, darunter den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Lothar Hay, und den Altenholzer Bürgermeister Horst Striebich.

Als „glühender Verfechter interkommunaler Zusammenarbeit“ outete sich Horst Striebich in seinem Referat. Dabei stellte er unter anderem am Beispiel des gemeinsamen Bauhofs der Gemeinden Altenholz und Dänischenhagen und am „Zweckverband Entwicklungsgemeinschaft Altenholz-Dänischenhagen-Kiel“ für ein gemeinsames Gewerbe- und Wohngebiet“ die Chancen aber auch die möglichen Fallstricke heraus. Bei

der Zusammenarbeit müssten sich die Partner auf Augenhöhe begegnen, auch wenn Gemeinden von unterschiedlicher Größe miteinander kooperieren.

Ein Ball, den Innenminister Lothar Hay dankbar aufnahm. Er konnte von weitaus größeren Beispielen berichten, etwa aus der Stadt Flensburg oder aus Itzehoe.

Ein Ergebnis der Diskussion: Interkommunale Zusammenarbeit kann funktionieren. Und da, wo es richtig gemacht wird, nämlich wo die Gemeinden partnerschaftlich miteinander umgehen, kann die Eingangsfrage uneingeschränkt mit Ja



beantwortet werden: Die Zusammenarbeit von Gemeinden ist das Modell der Zukunft. Lothar Hay: „Alles was in dieser Richtung bisher auf den Weg gebracht wurde, wurde auch ein Erfolg.“

Der Minister sprach sich eindeutig gegen von oben verordnete Zusammenlegungen von Gemeinden aus. Solche Fragen müssten auf kommunaler Ebene entschieden werden.

Thiemo Lueße